



## Presseinformation

Nr. 286/2011

Kiel, Donnerstag, 26. Mai 2011

Innen und Recht / Abschiebung

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
*Vorsitzender*

**Katharina Loedige, MdL**  
*Stellvertretende Vorsitzende*

**Günther Hildebrand, MdL**  
*Parlamentarischer Geschäftsführer*

### Gerrit Koch: Abschiebungen nach Syrien finden derzeit de facto nicht statt

In seiner Rede zu **Top 15+31+35** (Solidarität mit den demokratischen Bewegungen weltweit) sagt der innen- und rechtspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Gerrit Koch**:

„In Staaten wie Libyen und Syrien kämpfen die Macht habenden Tyrannen gegen den wachsenden Widerstand der eigenen Bevölkerung. Unfassbar ist für jeden von uns, dass diejenigen, die sich an die Spitze eines Staates gestellt haben, sich mit Waffengewalt gegen diejenigen wenden, deren Wohlergehen ihnen eigentlich anvertraut ist.“ Die Unterstützung der friedlichen Demokratiebewegungen weltweit sei für jeden Demokraten eine unabdingbare Selbstverständlichkeit und bedürfe keines formellen Beschlusses, betont Koch.

„Sowohl der Bundes- als auch der Landesregierung ist deshalb unsere Unterstützung gewiss, wenn besondere Lagen besondere Maßnahmen erfordern. Der Bundesminister des Inneren hat den Ländern geraten, bis zur Klärung der Verhältnisse in Syrien von Abschiebungen abzusehen.“ Sofort habe deshalb Justizminister Schmalfuß alle zuständigen Behörden angewiesen, Wege zu finden, Abschiebungen nach Syrien zu vermeiden. Des Weiteren seien syrische Staatsangehörige gegenwärtig nicht in Abschiebehaft zu nehmen beziehungsweise eine etwaige Abschiebehaft zu beenden. De facto finde somit keine Abschiebung nach Syrien statt, erklärt der Abgeordnete der FDP.

Der Fundamentalkritik an der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen (Frontex) könne die FDP nicht folgen. Frontex abzulehnen, hieße, dass Deutschland sich aus seinen grundlegenden europäischen Verpflichtungen verabschiede, so Koch. „Selbstverständlich muss auch die Arbeit der Frontex - da es sich um Menschenschicksale handelt - stets kontrolliert werden. Die Sicherung der EU-Außengrenze ist aber eine Gemeinschaftsaufgabe, aus der sich einzelne EU-Staaten nicht einfach verabschieden können. Eine solche Forderung ist absolut realitätsfremd“, erklärt Koch abschließend.

**Frank Zabel**, Pressesprecher, v.i.S.d.P., FDP Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag,  
Landeshaus, 24171 Kiel, Postfach 7121, Telefon: 0431/9881488 Telefax: 0431/9881497,  
E-Mail: [info@fdp.ltsh.de](mailto:info@fdp.ltsh.de), Internet: <http://www.fdp-sh.de/>

www.fdp-sh.de